

Schulstart

Eine Million: Schülerzahlen auf

Die Sommerferien gehen bald zu Ende, die Schule startet – und zwar mit einem Rekord. Rund eine Million Schülerinnen und Schüler besuchen künftig die obligatorische Schule. Die wachsende Zahl verschärft Herausforderungen wie den Mangel an Lehrpersonen. Eine Bestandesaufnahme.

Chiara Stäheli, Maja Briner

In den ersten Kantonen ist es bereits am Montag soweit, in anderen müssen sich die Kinder noch etwas gedulden, bis sie sich – ausgerüstet mit Rucksack und Znüni – auf den Weg in die Schule machen dürfen. Ein besonderer Tag für viele Kinder, Eltern und Lehrpersonen.

Und die Schülerschar wächst. In der obligatorischen Schule stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler laut Bundesamt für Statistik zwischen 2010/11 und 2020/21 um 6,9 Prozent auf 976 000 Kinder und Jugendliche. Aufgrund der demografischen Entwicklung kann man davon ausgehen, dass dieser Trend anhält. In Kombination mit der Integration ukrainischer Kinder in den Unterricht dürften die Schulen heuer erstmals rund eine Million Lernende verzeichnen. Die tatsächlichen Schülerzahlen publiziert der Bund immer erst mit einiger Verzögerung.

Doch schon jetzt ist klar: Die steigenden Schülerzahlen verstärken viele bereits dagewesene Probleme im Schweizer Schulsystem. Das sind nebst dem noch immer präsenten Coronavirus die grössten Herausforderungen:

Mangel an Lehrpersonen

Es fehlt der Schweiz an Lehrerinnen und Lehrern. Noch immer sind mancherorts Jobs ausgeschrieben. «Es gibt einige Schulen, denen es nicht gelungen ist, ihre offenen Stellen bis zu den Sommerferien mit qualifizierten Personen zu besetzen», sagt Thomas Minder, Präsident des Verbands der Schweizer Schulleiterinnen und Schulleiter. Er nennt den Lehrermangel als «die grösste Herausforderung im Schweizer Bildungssystem». Dennoch werde zum Schulbeginn «keine Klasse ohne Lehrperson» dastehen, sagt Minder. Viel eher würden die Schulleitungen Klassen vergrössern oder Personal ohne entsprechende Ausbildung einstellen.

Der Lehrermangel ist kein neues Problem. Viel eher haben «die Schulen seit Jahren zunehmend Mühe, Stellen zu besetzen», schrieb Christian Hugli vom Lehrerdachverband kürzlich in einem Blog des Verbands. Momentan ist die Situation aber besonders prekär. Einige Kantone haben deshalb entschieden, auch weniger gut ausgebildete

Lehrpersonen einzustellen. So dürfen heuer beispielsweise im Kanton Zürich auch Personen ohne Lehrdiplom unterrichten – allerdings maximal für die Dauer eines Schuljahres. Dass darunter die Qualität leiden wird, ist für Pädagoge Hugli klar: «Eine tragfähige Lösung ist das nicht.»

Knappheit bei den Schulräumen

Die Meldungen gleichen sich: Luzern will das Schulhaus Littau Dorf vergrössern, die Aargauer Gemeinde Widen plant ein neues Schulhaus sowie eine Doppelturnhalle und beim St. Galler Schulhaus Boppartshof soll ein Neubau für die Tagesbetreuung entstehen. Wegen der steigenden Schülerzahlen braucht es mehr Schulzimmer, mehr Turnhallen, mehr Garderoben, mehr Platz für Mittagstisch und Betreuung. Allein in der Stadt Zürich sind derzeit 25 Schulraum-Grossprojekte in Planung, Projektierung oder Bau.

Gefordert sind vor allem die Gemeinden. Sie müssen dafür sorgen, dass genügend Schulraum zur Verfügung steht. Wie Schulleiter Thomas Minder sagt, ist die Bereitstellung der Infrastruktur aber glücklicherweise «eine Entwicklung, die sich antizipieren lässt». Werden im Jahr X viele Kinder geboren, kann die Schulgemeinde davon ausgehen, dass es vier Jahre später zu einem Wachstum bei den Schülerzahlen kommt. «Diese Zeit reicht aus, um neue Schulhäuser zu planen oder zumindest Containerbauten zu erstellen», so Minder.

Ukrainische Flüchtlinge

Unter den ukrainischen Flüchtlingen sind viele Kinder und Jugendliche. Rund 15 000 Geflüchtete mit Schutzstatus S sind in der Altersgruppe 4-15 Jahre, wie aus einer Statistik des Staatssekretariats für Migration hervorgeht. Die Kinder sollen in die Regelklassen integriert werden. «Das dürfte vor allem für jene Klassen schwierig werden, die ohnehin bereits sehr gross sind», so Thomas Minder. Je mehr Parallelklassen eine Schule habe, desto einfacher sei die Verteilung auf die Klassen. Gleichzeitig mahnt Minder davor, die Integration der ukrainischen Flüchtlinge als Ausnahme zu deklarieren: «Die Schulen integrieren bereits

seit je her Kinder, die aus anderen Ländern in die Schweiz kommen. Das gehört zum Auftrag einer Schule.»

Integrative Förderung

Die integrative Förderung wird an Schweizer Schulen grossgeschrieben. Ziel ist es, Schülerinnen und Schüler mit besonderen Bedürfnissen in die Regelklassen zu integrieren. So nehmen beispielsweise Kinder mit Lernschwierigkeiten oder ADHS am regulären Unterricht teil, werden allerdings von Förderlehrpersonen unterstützt. Während diverse Studien die Vorteile dieser Unterrichtsform hervorheben, wird in der Praxis regelmässig Kritik laut. Die integrative Förderung führe zu einer Überlastung der Lehrpersonen und habe teils negative Effekte auf den Klassenverband. Die Herausforderung, allen Kindern gerecht zu werden, ist umso grösser, wenn die Bedingungen nicht ideal sind – etwa, weil die Klasse sehr gross ist.

Im Kanton Basel-Stadt wird nun über ein Ende des integrativen Schulmodells nachgedacht. Aktuell sammelt ein Komitee des Verbands der Basler Lehrpersonen – die sogenannte Freiwillige Schulsynode Basel – Unterschriften für eine Initiative, welche verlangt, dass «wieder heilpädagogisch geführte Schulklassen eingeführt werden». Dabei sollen verhaltensauffällige Kinder in separierten Sonderklassen unterrichtet werden.

Gleiche Chancen für alle

Thomas Meyer, Bildungsforscher an der Universität Bern, sieht «noch viel Luft nach oben» bei der Bildungsgerechtigkeit. Noch immer behindere «das enge, wenig durchlässige Bildungssystem der Schweiz die Chancengleichheit». Besonders stark betroffen seien Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I, so Meyer: «Die Oberstufe ist stark selektiv. Man wird in einen Leistungszug eingeteilt, und dort bleibt man dann in aller Regel auch.»

Das führe oft dazu, dass Jugendliche ihr Bildungspotenzial nicht ausschöpfen können. Meyer ist es deshalb ein dringendes Anliegen, dass die Oberstufe durchlässiger wird und damit der individuellen Entwicklung der Jugendlichen besser Rechnung trägt.

6 Zahlen zum Schulbeginn

12 000

In einer Klasse werden im Durchschnitt 19 Kinder unterrichtet.

So viele Schulen gibt es schweizweit für die obligatorische Schulzeit.

Viele Kinder mit Sprachstörungen, wenig Logopäden

Je nach Kanton gibt es Wartezeiten von einem Jahr für Therapien. Zu späte Behandlungen können zu schulischen Defiziten führen.

Stefan Müller

Kinder, die in die Schule eintreten und Mühe mit dem Sprechen bekunden, haben meistens auch Schwierigkeiten, sprachlich im Unterricht mitzuhalten. Zusätzlich besteht das Risiko, dass diese Kinder soziale, emotionale Schwierigkeiten und Verhaltensauffälligkeiten haben. Da der Spracherwerb mit Schuleintritt weitgehend abgeschlossen ist, wäre es wichtig, dass logopädische Therapien schon früher begonnen werden.

Bloss: Angebot und Nachfrage in der Logopädie klaffen in den meisten Kantonen auseinander. «Die Situation ist überall ähnlich prekär, besonders im Frühbereich», sagt Susanne

Mathieu, Mitinhaberin einer logopädischen Kleinkinderpraxis in Zürich und Präsidentin der Gesellschaft für entwicklungspsychologische Sprachtherapie. So gibt es auch im Kanton Zürich, der logopädisch als gut aufgestellt gilt, erhebliche Engpässe. Eine durchschnittliche Wartezeit für Vorschulkinder auf eine Abklärung beträgt bis zu vier Monate, auf einen Therapieplatz bis zu sechs Monate.

Die Zahl der Abklärungen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Fast jedes zehnte Kind benötigt frühlogopädische Abklärungen. «Darin spiegelt sich das wachsende Bewusstsein für die Frühförderung bei Kinderärzten», sagt Michael von Rhein, Entwick-

lungspädiater vom Kinderspital Zürich.

Auch im Kanton Aargau genügt das Angebot nicht. «Der Kanton ist logopädisch unterversorgt», sagt Jon Caffisch, Entwicklungspsychiater in Baden. Diese Unterversorgung drückt sich in entsprechenden Wartezeiten aus, die je nach Bezirk bis zu neun Monate betragen können. «Das ist sehr unbefriedigend», sagt auch Danièle Zemp von der StiftungNETZ, die im Auftrag des Kantons Aargau Logopädie im Frühbereich anbietet. Man versuche mit Optimierung der Abläufe die Situation zu entlasten. Denn das Zeitfenster sei kurz, bis zum Schuleintritt.

Im Kanton Solothurn bestehen ebenfalls nennenswerte

Wartezeiten: sechs Wochen für eine Abklärung und sechs oder mehr Monate für eine Therapie. «Je nach Dringlichkeit kann es auch mal schneller gehen», sagt der Solothurner Entwicklungspädiater Peter Hunkeler. Er findet eine rasche Abklärung schon deshalb wichtig, weil dadurch die Kinder schneller zu einer Therapie kommen. Es werden aber so auch frühzeitig auffällige Kinder entdeckt, die andere Hilfe benötigen, etwa wegen eines ADHS- oder Autismus-Verdachts.

Es gibt zu wenig Ausbildungsplätze

Ähnlich prekär sieht es im Kanton St. Gallen aus. «Wir haben Wartezeiten von bis zu einem Jahr für eine Therapie», sagt Ent-

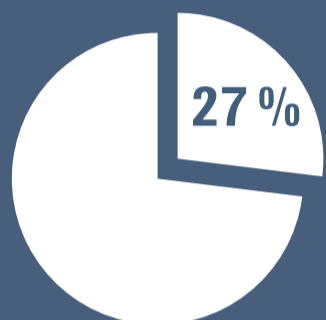
Rekordhoch

+6,9 %

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der obligatorischen Schule nahm zwischen 2010 und 2020 um 6,9 Prozent zu.



22 Prozent machen heute eine gymnasiale Matur. 2000 waren es 17,8 Prozent.



Gut ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in der obligatorischen Schule haben keinen Schweizer Pass.

22 000 Fr.

So hoch sind die Kosten in der obligatorischen Schule pro Person und Jahr.



wicklungspädiaterin Anette Lang-Dullenkopf vom Ostschweizer Kinderspital. Unbefriedigend, zumal viele mehrsprachige Kinder einen besonderen Abklärungsbedarf hätten, da Sprachauffälligkeiten bei ihnen nicht so leicht zu finden seien. Um die frühlogopädische Versorgung zu verbessern, wünscht sich die Kinderärztin mehr Therapieplätze und von den Eltern mehr Wissen über die Wichtigkeit der Sprachförderung.

Die langen Wartezeiten haben verschiedene Ursachen. So fehlt es in erster Linie an Logopädinnen, um die vielen offenen Stellen landauf, landab zu besetzen. «Die Logopädie leidet unter einem Fachkräftemangel wie viele Berufe im Gesundheits-

und Bildungswesen», bestätigt Bérénice Wisard vom Deutschschweizer Logopädinnen- und Logopädenverband. Als mögliche Gründe nennt sie schlechte Arbeitsbedingungen und Abwanderung in attraktivere Berufe und Kantone.

Dass man lange auf Logopädie warten muss, hat aber auch mit der Organisation der Logopädie in den einzelnen Kantonen zu tun. So gibt es laut dem Entwicklungspädiater Peter Hunkeler beispielsweise in den Kantonen Solothurn, Aargau, Luzern oder St. Gallen kaum freischaffende Logopädinnen wie im Kanton Zürich, die die grosse Nachfrage im logopädischen Frühbereich mitauffangen könnten.

Die logopädischen Angebote im Frühbereich, aber auch die Ausbildung werden schweizweit durch die Kantone finanziert, meist unzureichend. Ein Nadelöhr ist die Ausbildung. Das spürt etwa die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik. «Im Herbst beginnen 61 Studierende das in der Regel drei Jahre dauernde Logopädiestudium, bisher waren es vierzig», sagt Wolfgang G. Braun von der Hochschule für Heilpädagogik in Zürich.

Wünschenswert wären jedoch deutlich mehr Studierende. Immerhin startet an der Fachhochschule Nordwestschweiz ab Herbst 2023 neu ein jährlicher statt nur zweijährlicher Studiengang Logopädie.

«Ich rate der Bildungspolitik, über die Bücher zu gehen»

Erziehungswissenschaftlerin Margrit Stamm spricht im Interview über den Schulstart, die Maturitätsquote und die Akademisierung.

Interview: Kari Kälin

Margrit Stamm, sind Sie gerne zur Schule gegangen?

Margrit Stamm: Ja. So gerne, dass ich Primarlehrerin wurde. In der ersten Klasse hatte ich eine ältere, alleinstehende Lehrerin, die enorm streng war. Ich glaube, ich war ihr sympathisch, weil ich damals ein sehr angepasstes Mädchen war. Das war ich mir von meinem Elternhaus gewohnt. Es faszinierte mich, wie sie, eine Art weiblicher Napoleon, uns mit ihrer Aura durch den Unterricht führte. Ich bewunderte sie für ihre wunderschöne Handschrift, ihre tollen Wandtafelzeichnungen.

Waren Sie auch so streng als Lehrerin?

Ich hatte eine klare Linie. Ich habe gewisse Regeln aufgestellt und sie durchgesetzt. Auf der anderen Seite war ich eine der ersten Lehrerinnen, die den Kindern am Mittwochnachmittag nie Hausaufgaben gaben. Das war damals revolutionär. Ich habe versucht, den Schülern Selbstwirksamkeit beizubringen. Etwas freut mich sehr: Die Schülerinnen und Schüler meiner Primarklasse in Greifensee laden mich immer noch zu ihrer Klassenzusammenkunft ein.

Worauf dürfen sich Kinder an ihrem ersten Schultag am meisten freuen?

Auf die neue Lehrperson, die sich in den meisten Fällen sehr gut auf ihre Aufgabe mit den Schulneulingen vorbereitet. Dann natürlich auf die Gspänli; in der Schule werden Freundschaften geknüpft, die vielleicht ein ganzes Leben lang halten. Zudem lernen Kinder viel Spannendes, sie machen viel an Schulprojekten, dürfen kleine Präsentationen machen, von ihren Hobbys erzählen. Der Schulweg und der Pausenplatz sind wichtige Orte der Sozialisation. Hier schliessen Kinder Bekanntschaften, entdecken Geheimwege. Über all dies dürfen sich Eltern freuen. Doch wichtig ist: Sie müssen loslassen können und ihrem Nachwuchs Autonomie gewähren.

Sollten Eltern in den Ferien Schulstoff mit den Kindern üben?

Gemäss internationalen Studien ist das sehr verbreitet. In Deutschland zum Beispiel machen das 60 Prozent der Eltern, eher die gut situierten. Ich vermute, dass sich die Situation in der Schweiz ähnlich präsentiert.

Braucht es ergo Sommerlerncamps, Nachhilfe-Unterricht und Lerncoaches?

Dagegen habe ich grosse Vorbehalte. Kinder brauchen wie Erwachsene Erholungsphasen, in denen sie Abstand vom Alltag nehmen können. Es schadet aber sicher nichts, wenn man vielleicht gegen Schluss der Ferien etwas Zeit reserviert, in der Kinder den bereits behandelten Schulstoff üben. Mit kleinen Lerneinheiten gewöhnen sie sich wieder an den Schulrhythmus. Wichtig dabei ist, dass die Kinder die Themen partnerschaftlich mitbestimmen können. Wir müssen aber aufpassen. Und zwar aus dem Grund, dass die Schülerinnen und Schüler nicht zu sehr mit den Themen gequält werden, die ihnen besonders zuwider sind. Kinder

haben, beschwören manchmal Ängste herauf, welche die Kinder verinnerlichen. Das wirkt sich negativ auf die Schullaufbahn aus.

Was kann man tun, wenn Kinder Angst vor der Schule haben?

Eltern dürfen nicht einknicken und ihr Kind zu Hause lassen, wenn es gerade keine Lust hat, in die Schule zu gehen. Eltern



Margrit Stamm ist emeritierte Professorin für Erziehungswissenschaften. Bild: Iris Krebs

sollten selber Zuversicht ausstrahlen, die Kinder positiv verstärken und sie entsprechend begleiten. Dazu brauchen sie Zeit, viel Geduld und auch eine Portion Gelassenheit. Ein schönes Ritual ist auch, den Kindern auf den ersten Schultag hin einen Talisman mitzugeben, zum Beispiel eine Kette am Handgelenk, die signalisiert: «Wir glauben an dich.»

Ist das Bildungssystem falsch justiert?

Ich rate der Bildungspolitik, etwas über die Bücher zu gehen. Braucht es wirklich eine Matura, um Hebamme oder Kindergärtnerin zu werden? Meiner Meinung nach ist das Bildungssystem zu stark auf die Akademisierung ausgerichtet. Man vermittelt Handwerkern die Botschaft, dass sie später via Berufsmatura und Fachhochschule immer noch einen akademischen Titel erlangen können – doch die enormen Möglichkeiten der höheren Berufsbildung bleiben aussen vor. So wird die Berufslehre abgewertet. Deshalb drängt sich die Frage auf: Hat der Fachkräftemangel nicht auch etwas mit der Akademisierung zu tun, mit der Tatsache, dass begabte Handwerker oder Pflegefachkräfte irgendwo in der Berufsbürokratie landen, anstatt an der Front tätig sind? Der höheren Berufsbildung gebührt mehr Wertschätzung. Man kann sich in einem Beruf weiterentwickeln, ohne dass es dafür akademische Weihen braucht.

Margrit Stamm (70) ist emeritierte Professorin für Erziehungswissenschaften und Leiterin des Forschungsinstituts Swiss Education in Aarau.